

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 11.01.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:**  
**Marktplatz 2,**  
**06100 Halle (Saale)**

**Stadthaus, Festsaal,**

**Zeit:**

**18:00 Uhr bis 20:25 Uhr**

**Anwesenheit:**

**siehe Teilnehmerverzeichnis**

**Anwesend sind:**

Herr Harald Bartl	parteilos	Anwesenheit zu Top 4
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Frank Sänger	CDU	bis 19:50 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	
Herr Uwe Heft	parteilos	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBURGER für Halle	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Claudia Cappeller	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	
Herr Rainer Köhne	SKE	
Herr Dr. habil. Günter Kraus	SKE	Anwesheit zu Top 4
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Christian Feigl	SKE
Frau Undine Klein	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorstellung eines Konzeptes und Diskussion zur Marktplatzbegrünung
5. Information und Diskussion zur Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
6. Beschlussvorlagen
  - 6.1. Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/ Diemitzer Graben, 1. Änderung  
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2010/09021
  - 6.2. Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet "Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"  
Vorlage: V/2010/09202
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Umleitungsstrecken der A 14  
Vorlage: V/2010/09222
  - 7.2. Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule  
Vorlage: V/2010/09228
  - 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha  
Vorlage: V/2010/09242
  - 7.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/09245
  - 7.5. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/09325
  - 7.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude - "Rote Liste bedrohter Denkmale"  
Vorlage: V/2011/09449
  - 7.7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "Rote Liste bedrohter Denkmale "  
Vorlage: V/2010/09081  
Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der
    - 7.7.1 SPD-Stadtratsfraktion "Rote Liste bedrohter Denkmale " (V/2010/09081)  
Vorlage: V/2010/09334
  - 7.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude  
Vorlage: V/2010/09087
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Sänger** eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

In die Tagesordnung wurde als Top 7.6 folgender Dringlichkeitsantrag aufgenommen:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude – „Rote Liste bedrohter Denkmale“**  
**Vorlage-Nr.: V/2011/09449.**

Auf Nachfrage von **Herrn Sprung** erläuterte **Herr Sommer** die Dringlichkeit wie folgt: Notwendigkeit der unverzüglichen Weiterbearbeitung zwecks Sicherung bedeutender Bau- denkmale.

Der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

Ja-Stimmen 8

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 1

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **zu 4 Vorstellung eines Konzeptes und Diskussion zur Marktplatzbegrünung**

---

Zu diesem Top waren die Mitglieder des Kulturausschusses und des Vergabeausschusses geladen.

**Herr Lunebach** führte in die Problemlage ein. **Herr Stallbaum** gab Erläuterungen zur Neugestaltung des Händeldenkmales. **Frau Neubert** erläuterte die Möglichkeit einer begrüneten Darstellung der Marktplatzverwerfung.

**Herr Dr. Köck** fragte, ob die Vorschläge des Marktplatzkonzeptes von 2006 noch einmal geprüft wurden?

**Frau Wildgrube** fragte, warum vorab keine Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden.

**Frau Szabados** erklärte, dass keine abstimmungsreife Vorlage von der Verwaltung vorgelegt wird, sondern ein bis zu letzt stattfindender Gedankenaustausch in der Verwaltung dokumentiert wird. Im weiteren Verlauf der Diskussion zur Marktplatzbegrünung sollte die Orientierung der Stadträte mit einfließen. Dazu dient diese Vorstellung erster Ideen im Planungsausschuss.

**Frau Wildgrube** sagte, dass die Idee, durch Kübelbäume die Kubatur des alten Rathauses nachzuzeichnen, von der Bevölkerung sehr positiv bewertet worden ist.

**Herr Lunebach** erläuterte, dass gepflanzte Platanen in der Flucht des alten Rathauses eine schöne Wirkung entfalten würden, Kübelbäume mit ihrer geringen Höhe allerdings nicht. Sie wirken eher verloren auf dem Platz.

**Herr Dieringer** schlug vor, in London Unterstützung für die Umgrenzung des Händeldenkmales zu suchen.

**Herr Felke** schlug vor, die Details näher anzusehen indem die alten und neuen Vorschläge gegenübergestellt werden. Da Bürger in der Sitzung der Ausschüsse kein Rederecht erhalten, ist es notwendig auf andere Weise eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Frau Szabados antwortete, dass eine Bürgerbeteiligung im weiteren Verlauf der Konzeptentwicklung geplant ist.

**Herr Fikentscher** meinte, dass der Marktplatz gar nicht verändert werden sollte.

**Herr Sieber** fand keine Zustimmung zur Begrünung. Er wünschte sich große Bäume. Das Händeldenkmal sollte nicht eingezäunt werden.

**Frau Cappeller** war der Meinung, dass die vorgelegten Ideen den Marktplatz nicht wertvoller machen. Den Begriff „Wohnzimmer der Stadt“ hielt sie für ungeeignet. Es sollten Marktplatzverschönerungen auf dem leerem Platz oder Aktionen als Varianten ausprobiert und verglichen werden.

**Herr Lehmann** sagte, dass sich der politische Wille beim Marktplatzkonzept 2005 gegen eine Begrünung ausgesprochen hatte. Allerdings wurde das Planungskonzept wegen der Kosten im Endeffekt nicht vollständig umgesetzt.

**Herr Sprung** fragte, welche Ansprechpartner für die Bürger benannt werden.

**Herr Sänger** schlug vor, zunächst in den Fraktionen zu diskutieren. Dazu sollte die Präsentation von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Menn** fragte, ob es sinnvoll ist, das Planungsbüro, welches die Umgestaltung geplant hat, wieder hinzuzuziehen?

**Herr Dr. Köck** sagte, dass eine temporäre Fugendarstellung keine Weiterentwicklung des bestehenden Konzeptes ist. Eine Abwechslung würde eine jährliche temporäre Begrünung zu den Händelfestspielen bringen.

**Herr Sänger** schlug zum weiteren Vorgehen vor, das Thema in den Fraktionen weiter zu diskutieren, da es kontroverse Meinungen gibt.

**Frau Neubert** und **Herr Stallbaum** wurden als Ansprechpartner benannt.

**Frau Szabados** schlug ergänzend vor, dass Bürger ihre Meinung im Bürgerbüro oder bei den Fraktionen kundtun sollten. Eine Bürgerversammlung wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

## **zu 5 Information und Diskussion zur Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100**

---

**Herr Heinz** gab eine Einführung.

**Herr Wagner** stellte die einzelnen Abschnitte der HES, 4. BA vor.

**Herr Sieber** fragte, ob es möglich ist, entlang des 4. BA der HES und dann weiter in den Stadtteil Frohe Zukunft eine Rad- und Fußwegeverbindung herzustellen?

**Herr Otto** erläuterte die diesbezüglichen Vorstellungen für eine Rad- und Fußwegeverbindung zwischen Halle-Ost und der Frohen Zukunft im Zusammenhang mit den von der Bahn vorgesehenen Ausbau des Bü Birkhahnweg.

**Herr Sänger** fragte nach den Fördermöglichkeiten, ob eine Förderquote über 90 % mit dem Land beraten wurde?

**Herr Heinz** antwortete, dass ein endgültiger Förderbescheid erst nach dem Baubeschluss im Stadtrat erfolgen wird und dass eine Förderquote von 80 % wahrscheinlich ist.

**Herr Felke** fragte nach den zusätzlichen Kosten bei einer Tunnellösung? Gibt es Absprachen mit der DB? Wie erfolgt der Lärmschutz in Richtung Frohe Zukunft? Sind Optionen für landschaftspflegerische Maßnahmen bereits finanziell berücksichtigt?

**Herr Heinz** antwortete, dass die Varianten Brücke oder Unterführung machbar sind. Die DB hat sich nicht endgültig zu einer Akzeptanz der Variante Unterführung geäußert. Eine Unterführung bedeutet wochenlange Sperrungen der Bahnstrecke und wird auch deshalb wesentlich teurer.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden durchgeführt und sind eingerechnet.

Zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen über das nach Immissionsschutzrecht erforderliche Maß hinaus (ca. 760 T€) sind vorgesehen. Zusätzliche landschaftspflegerische Maßnahmen sind in der Vorlage zum Baubeschluss dargestellt, werden aber von der Verwaltung nicht empfohlen.

Der Vorsitzende der Bürgerinitiative Halle-Ost **Herr Widder** erhielt Rederecht zum Stellen von Fragen. Er stellte im Namen der Initiative die grundsätzliche Notwendigkeit zum Bau des 4. BA der HES ausdrücklich nicht in Frage. Er betonte, dass die Bürger im Dautzsch nicht gegen den Straßenneubau sind. Im Übrigen gab er ein Statement ab zum Umweltschutz und der Einhaltung von gesetzlichen Grundlagen. U. a . nannte er das Verkehrspolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale).

Eine Diskussion sei zu den Problemen Brücke oder Tunnel und Lärm aber mit den Bürgern bisher nicht geführt worden. Die Berechnungen sind seiner Meinung falsch. Die Bürgerinitiative werde eine einstweilige Anordnung per Gericht anstreben.

**Herr Sängler** wies darauf hin, dass die Planfeststellung noch nicht abgeschlossen wäre und dass bis dahin weitere Bürgerbeteiligungen grundsätzlich möglich wären.

**Hr. Heinz** bekräftigte, dass die Stadtverwaltung erst nach Baubeschluss durch den Stadtrat als dem zuständigen Organ einen abschließenden Planfeststellungsbeschluss treffen werde.

**Herr Dieringer** fragte, ob die Anordnung von Kreisverkehren geprüft wurde?

**Herr Wagner** bestätigte dies, insbesondere bei der Anbindung der Berliner Straße, Kreisverkehre sind nicht leistungsfähig durchführbar.

**Herr Dieringer** fragte, ob die Anbindung der Berliner Straße notwendig ist?

**Herr Otto** und **Herr Möbius** erläuterten, dass mit der Anbindung der Berliner Straße, das Gewerbe in Diemitz erschlossen wird. Weiterhin wird der Dautzsch entlastet.

Die HES fungiert nicht nur in Zielrichtung Autobahn sondern als Tangente. Sie vervollständigt das Tangentensystem in Richtung Westen. Weiterhin wird das Gewerbe im Osten der Stadt miteinander verbunden. Unabhängig davon sind kaum Einsparungen zu erwarten. Eine Brücke müsste trotzdem gebaut werden. Lediglich die Rampen könnten entfallen.

**Herr Dieringer** sagte, dass in der Anlage 8 nur die zweite Seite doppelt vorhanden ist. Außerdem scheinen die Berechnungen zu den Folgekosten nicht nachvollziehbar.

Die Verwaltung sagte eine Prüfung und ggf. eine Korrektur zu.

**Herr Sieber** schlug vor, am Knoten Reideburger Landstraße einen Kreisverkehr einzuführen.

**Herr Wagner** wiederholte, dass alle Knotenpunkte untersucht wurden und die leistungsfähigste und für die Nutzer (Schwerverkehr) sinnvollste Variante im Entwurf dargestellt wurde.

**Herr Dr. Köck** sprach sich ebenfalls dafür aus, die Berliner Straße nicht an die HES anzubinden und die freiwerdenden Mittel für den Lärmschutz einzusetzen.

**Herr Sängler** sagte, dass alle Fragen bis zum Baubeschluss geklärt werden sollten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

**Um 19:50 Uhr Übernimmt der Sommer den Vorsitz.**

**zu 6        Beschlussvorlagen**

**zu 6.1     Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/  
Diemitzer Graben, 1. Änderung  
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Vorlage: V/2010/09021**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 70.1, 1. Änderung, Wohnbebauung Halle- Büschdorf, Bierrain / Diemitzer Graben in der Fassung vom 23.11.2010 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 70.1, 1. Änderung, Wohnbebauung Halle- Büschdorf, Bierrain / Diemitzer Graben in der Fassung vom 23.11.2010 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.2     **Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet  
"Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"  
Vorlage: V/2010/09202****

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das Fördergebiet gemäß Fördermittelbewilligung vom 29.06.2010 mit der Bezeichnung „Infrastrukturprogramm / Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ wird nachfolgende Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB beschlossen.
2. Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

**zu 7       **Anträge von Fraktionen und Stadträten****

---

**zu 7.1     **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Umleitungsstrecken der A 14  
Vorlage: V/2010/09222****

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt mit der Forderung heranzutreten, konkrete Alternativen zu den derzeitigen Umleitungsstrecken für den Streckenabschnitt der A 14 zwischen der Anschlussstelle Halle-Trotha und der Anschlussstelle Halle-Tornau bzw. Halle-Peißen zu prüfen und zeitnah umzusetzen.

**zu 7.2     **Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule  
Vorlage: V/2010/09228****

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule (Harzgeroder Straße) zu erstellen und umzusetzen. Dabei sollen auch die Nutzer des Cliquentreffs „Schnatterinchen“ und die AnwohnerInnen mit einbezogen werden. Die Stadtverwaltung prüft dabei, inwieweit bei der Umgestaltung generationenübergreifende Spiel- und Sportmöglichkeiten installiert werden können.

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat spätestens im Februar 2011 über das Konzept und den Stand der Umsetzung.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle -Trotha**  
**Vorlage: V/2010/09242**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, für den Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes Halle-Trotha einen Bebauungsplan aufzustellen. Ziel ist es, künftige Ansiedlungen im Gewerbe- und Industriegebiet so zu steuern, dass Konflikte mit den Bewohnern der angrenzenden Wohngebiete in Kröllwitz ausgeschlossen werden.

**zu 7.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2010/09245**

---

**Frau Wildgrube** regte eine nochmalige Prüfung an.

**Herr Sieber** sprach sich gegen den Antrag aus. Er befürchtete eine Schadstoffmehrbelastung durch erhöhten Kfz-Verkehr.

**Herr Dieringer** fragte nach den Kosten?

**Herr Möbius** schlug vor, die Diskussion zu den Steuerstrategien in die begonnenen Beratungen zur Verkehrsentwicklungsplanung einfließen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 1

Nein-Stimmen 6

Enthaltungen 3

mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt,

zur Reduzierung von Luftschadstoffen möglichst alle Ampelanlagen in der Stadt Halle (Saale) in eine Grüne-Welle-Schaltung für den motorisierten Individualverkehr einzubeziehen.

Für die Anlagen, die bereits gekoppelt sind, ist endlich eine Grüne Welle auch für den Individualverkehr durchzusetzen.

**zu 7.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Brückenkatasters für die Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2010/09325**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) erstellt ein Brückenkataster und legt dieses dem Stadtrat zum Januar 2011 vor.

Das Kataster gibt Auskunft über:

1. den Zeitpunkt der letzten Brückenhauptprüfung sowie den erfassten Ergebnissen,
2. vorhandene Mängel und sich daraus ableitender Handlungsbedarf,
3. die Anzahl der Brücken im Bestand der Stadt Halle (Saale),



4. in welchem Umfang (prozentual und absolut) es sich um Bundesstraßen, Landstraßen, Gemeindestraßen und Fußgängerbrücken (Fahrradbrücken) handelt,
5. mit welchen Kosten für die Brückensanierung in den nächsten 10 Jahren zu rechnen ist (ausweislich für jedes einzelne Jahr),
6. wie hoch die Reparaturrückstellungen der Stadt sind,
7. mit welchen Fördermitteln des Landes und des Bundes die Stadt in den nächsten 10 Jahren bei der Sanierung für die Brücken rechnen kann,
8. wie hoch der prozentuale und absolute Anteil der Stadt an den Reparaturkosten für jede einzelne Brücke ist,
9. wie hoch die Unterdeckung ist.

Ableitend aus dem Brückenkataster entwickelt die Stadt einen Sanierungsplan. Dieser ist detailliert zu untersetzen und dem Stadtrat bis zum Januar 2011 vorzulegen.

**zu 7.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude - "Rote Liste bedrohter Denkmale"**  
**Vorlage: V/2011/09449**

**Herr Sommer** führte in die Problematik ein.

**Frau Wildgrube** fragte, ob eine Bearbeitung bis März 2011 möglich ist?

**Herr Lunebach** antwortete, dass die Verwaltung mit dem Antrag einverstanden ist.

**Herr Dieringer** fragte, ob es eine eindeutige räumliche Definition für die benannten Stadtgebiete gibt?

**Herr Lunebach** bestätigte dies.

**Herr Dr. Köck** fragte ob die Stadt Spielräume bei der Umsetzung der Förderrichtlinie hat?

**Herr Lunebach** antwortete, dass im Sanierungsgebiet durch Stadtratsbeschluss eine Prioritätensetzung vorgenommen werden kann.

**Herr Sieber** fragte, ob die Maßnahmen in Glaucha beendet werden?

**Herr Lunebach** erläuterte die noch notwendigen Maßnahmen in Glaucha und die weiteren Vorgehensweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 9

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. dem Stadtrat bis zur Sitzung im März 2011 ein Gebäudesicherungsprogramm für die förmlich festgelegten Stadtumbaugebiete nördliche und südliche Innenstadt zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit dem Gebäudesicherungsprogramm sind Maßnahmen zum Altbaumanagement (z. B. Imageverbesserung der Quartiere, Eigentümermoderation, Bildung und Unterstützung von Eigentümerstandortgemeinschaften) zu verbinden.
2. für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet „Historische Altstadt“ im Rahmen der Fortschreibung der Sanierungsziele im 1. Halbjahr 2011 die Sicherung und Sanierung vom Verfall bedrohter Einzeldenkmale als Schwerpunktaufgabe zu definieren, Umsetzungsprobleme zu benennen und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme vorzuschlagen. Hierzu ist zuerst in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie eine Liste wichtiger vom Verfall bedrohter Denkmale zu erstellen. Für diese Gebäude sollen die zur Verfügung stehenden Fördermittel prioritär eingesetzt werden. Die Stadtverwaltung wird weiter beauftragt, eine dem-

entsprechende kommunale Förderrichtlinie dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Zur Umsetzung der vom Arbeitskreis Innenstadt (AKI) angebotenen Unterstützung zur Rettung des akut bedrohten Gebäudes Brüderstraße 12 kurzfristig Gespräche mit dem Eigentümer und den Grundstücksgläubigern sowie dem AKI zu führen.
4. Die Stadtverwaltung berichtet halbjährlich im Ausschuss für Planungsangelegenheiten über den Umsetzungsstand der Maßnahmen nach den Ziffern 1 bis 3.

## **zu 7.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "Rote Liste bedrohter Denkmale "** **Vorlage: V/2010/09081**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

erledigt durch Fraktion

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie im Rahmen einer „Roten Liste“ eine Bestandsaufnahme aller vom Verfall bedrohten Baudenkmäler in Halle zu erstellen.

Diese Liste soll gleichzeitig als Prioritätenliste zur Schadensbegrenzung dienen und ein Ranking der Baudenkmäler nach

- (a) Grad der Gefährdung sowie
- (b) Bedeutung beinhalten.

Geklärt werden sollen in diesem Zusammenhang dabei auch die Besitzverhältnisse sowie eventuell notwendige Notreparaturen.

## **zu 7.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "Rote Liste bedrohter Denkmale " (V/2010/09081) Vorlage: V/2010/09334**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

erledigt durch Fraktion

### **Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie mit engagierten Vereinen (z.B. Arbeitskreis Innenstadt e.V. Halle, Freunde der Bau- und Kunstdenkmale Sachsen-Anhalt e.V., Architekturkreis Halle e.V.) im Rahmen einer „Roten Liste“ eine Bestandsaufnahme aller vom Verfall bedrohten Baudenkmäler in Halle zu erstellen und diese durch den Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Dezember 2010 bestätigen zu lassen sowie dem Stadtrat vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste städtebaulich bedeutsamer, zurzeit vom Verfall bedrohter Gebäudeensemble und Einzelgebäude zu erstellen und Erhaltungsvorschläge zu erarbeiten. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit den unter 1. genannten Vereinen und Einrichtungen anzustreben. Diese Liste ist durch den Ausschuss für Planungsangelegenheiten im Februar 2011 bestätigen zu lassen sowie dem Stadtrat vorzulegen.
3. Diese Listen sollen gleichzeitig als Prioritätenlisten zur Schadensbegrenzung dienen und ein Ranking der Baudenkmäler nach
  - (a) Grad der Gefährdung sowie

(b) Bedeutung beinhalten.

Geklärt werden sollen in diesem Zusammenhang dabei auch die Besitzverhältnisse sowie eventuell notwendige Notreparaturen.

4. Darauf aufbauend soll dem Stadtrat im Februar 2011 ein Gebäudesicherungsprogramm für die förmlich festgelegten Stadtumbaugebiete nördliche und südliche Innenstadt sowie die unter Punkt 1. und 2. genannten Objekte vorgelegt werden.

**zu 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude**  
**Vorlage: V/2010/09087**

---

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt durch Fraktion

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sitzung im **Februar 2011 ein Gebäudesicherungsprogramm für die förmlich festgelegten Stadtumbaugebiete nördliche und südliche Innenstadt sowie die Altstadt zur Beschlussfassung** vorzulegen. Das Programm soll insbesondere eine Prioritätenliste **mit denkmalpflegerisch bedeutsamen Gebäuden enthalten**, um deren Erhalt sich vorrangig bemüht werden soll, sowie einen Vorschlag für die finanzielle Ausstattung des Programms ab dem Haushaltsjahr 2011 umfassen.
2. **Zur Begleitung der Umsetzung des Gebäudesicherungsprogramms wird ein beratender Arbeitskreis aus Vertretern von Stadtverwaltung, Stadtrat, Denkmalschutz und relevanten Interessengruppen gebildet.**

**zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten**

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

**zu 9 Mitteilungen**

Es gab keine Mitteilungen.

**zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

- **Herr Dieringer** fragte, mit Bezug auf die Antwort der Verwaltung auf seiner Anfrage in Bezug auf die Beschaffung von Fahrradbügeln und die Einbeziehung des Hallischen Handwerkes, von wem die Montage der Fahrradbügel vorgenommen wird?

**Herr Heinz** antwortete, dass dies über den Eigenbetrieb Arbeitsbeschaffung erfolgt.

- **Herr Felke** bat zu prüfen, inwieweit größere Unebenheiten im Bereich der Fahrbahnübergänge an der Elisabethbrücke beseitigt werden können?

*Die Verwaltung sagte eine Prüfung zu.*

**zu 11 Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.03.11

---

Frau Schmiedehaus  
Protokollführerin

Herr Lunebach  
Amtsleiter

Herr Sänger  
Vorsitzender

Herr Sommer  
stellv. Vorsitzender